

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: W. H. Vell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 58

— Erscheint wöchentlich 6 mal. —
Bezugspreis freibleibend

Halver
Samstag, den 8. März 1924

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf.
für Behörden, Einzelanzeigen und auswärts 10 Goldpf.
— Restante 40 Goldpf. — Offertgebühren 10 Goldpf. und Porto.

24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das britische Kriegsgericht verurteilte verschiedene Einwohner von Solingen und Ohligs wegen verbotenen Waffentragens zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren.

* In Wien kam es zu großen Demonstrationen der streikenden Bankbeamten und Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es 30 Verletzte gab.

* In Londoner unterrichteten Kreisen spricht man davon, daß die Rückgabe des beschlagnahmten feindlichen Eigentums ernsthaft in Erwägung gezogen werde.

* Die englische Nationale Friedensvereinigung hat an MacDonald die Aufforderung gerichtet, eine Weltkonferenz einzuberufen zum Zwecke der Regelung der deutschen Finanzen und zur Revision des Versailler Vertrages.

* Der zurückgetretene belgische Ministerpräsident ist abermals mit der Kabinettsbildung betraut worden.

* In Amerika sind alle Angehörigen des Heeres und der Marine, die wegen Desertion im Kriege mit Gefängnis bestraft wurden, begnadigt worden. Es handelt sich hauptsächlich um Deutsch-Amerikaner, die nicht gegen Deutschland kämpfen wollten.

Ausländische Finanzherrschaft.

Zu den soeben bekanntgewordenen Plänen der internationalen Sachverständigenkommissionen über die Gründung der deutschen Goldwährungsbank erhalten wir von sachverständiger Seite folgende Zuschrift:

Während aus dem Reichstag Wahlreden über Wahlreden erschallen, fallen im Schoß der beiden Sachverständigenkommissionen in Paris die wichtigsten Entscheidungen, ohne bei uns viel beachtet zu werden. Dabei ist gerade hierüber im Reichstag noch kein Wort gefallen, ist die bevorstehende Goldnotenbank nicht Gegenstand der Debatte. Parteipolitische Geizhals zu treiben ist nicht so strapazios!

Das Statut der Goldnoten, besser gesagt der Goldwährungsbank ist fertig und das ganze Institut erhält ein Gesicht, das für uns noch weit übler aussieht, als die bisherigen Nachrichten schon vermuten ließen. Ist der Präsident auch ein Deutscher, so steht neben ihm zunächst einmal ein ausländischer Kontrollleur. Ferner der Verwaltungsrat, der aus sieben Deutschen und sieben Ausländern besteht; von diesen sind wenigstens zwei aus neutralen Staaten genommen, Schweiz und Holland.

Das Institut soll die deutsche Reichsbank werden; organisatorisch auf der bisherigen aufgebaut wird sie die deutsche Rentenbank in sich aufnehmen und währungsrechtlich alle in Deutschland umlaufenden Papier- und Rentenmarken, Dollarscheine und sonstiges wertbeständiges Notgeld allmählich durch die von ihr zu emittierenden Goldnoten ersetzen. Da diese Reichsbank natürlich ebenso selbständig ist wie die bisherige, wahrscheinlich — wenigstens in der Praxis noch weit autonomer, so bedeutet die Einrichtung dieses Instituts einen tiefen alles beeinflussenden Eingriff in Finanz- und Wirtschaftshoheit des Deutschen Reiches, bedeutet, daß das Ausland nach österreichischem Vorbild unsere „Sanierung“ in die Hand nimmt. Das geschieht nicht um unser mehr oder weniger schönen Augen willen, sondern das Ausland will bei dieser „Sanierung“ vor allem verdienen. Und will maßgebenden Einfluß haben auf die deutsche Erde und die deutsche Wirtschaft.

Der zu 50 % aus Ausländern bestehenden Verwaltung entspricht die 50prozentige ausländische Kapitalbeteiligung. Da ist zunächst ein Teil der internationalen Anleihe auf die deutsche Eisenbahn, der in Höhe von etwa 400 Millionen Goldmark als Kapital dieser Reichsbank zugeführt wird. Man sieht, wie die Fäden des Netzes, das man über uns legt, eng verwoben sind. Dann soll die Rentenbank, die ja eine Hypothek auf den gesamten deutschen Besitz gelegt hat, mit diesem Hypothekensystem die Garantie für eine innerdeutsche Anleihe, gleichfalls in Höhe von 400 Millionen, hergeben, und schließlich besitzt ja die alte Reichsbank noch selbst ein eigenes Kapital. Auf diese Art würde aber nicht der 50prozentigen ausländischen Verwaltung eine gleich hohe Kapitalbeteiligung entsprechen, doch gehen die Meldungen hierüber noch auseinander. Die Höhe des neuen Reichsbankkapitals mit 1200 Millionen scheint aber ziemlich festzulegen.

Auf Grund dieses Kapitals soll die Bank — nach Liquidation der alten Reichs- und der Rentenbank-Goldnoten in Höhe von 3 Milliarden emittieren. D. h. diese Goldnoten, die sofortiges Einlösungsrecht hätten, wären ungefähr zu 30 % mit Gold oder bankmäßig gedeckt. Über dieses Emissionsgeld hinaus aber wird die Bank, die ja vollständig an die Stelle der alten Reichsbank treten soll, auch deren sonstige Geschäfte übernehmen, also vor allem der Mittelpunkt des Giroverkehrs, aber auch nicht minder die größte Kreditgeberin der deutschen Wirtschaft werden. Überflüssig ist es, auch nur anzudeuten, welche einen Einfluß dadurch die ausländischen Vertreter im Präsidium und Verwaltungsrat erhalten, ein Einfluß, der natürlich vor allem nach der Richtung ihrer eigenen Interessenwahrnehmung gehen wird.

Keine große internationale Anleihe.

Laut Pariser Meldungen sollen die Sachverständigen in Erwägung ziehen, ihren Bericht in sämtlichen Finanzblättern der Welt gleichzeitig zu veröffentlichen. Die Berichte würden am 15. März fertiggestellt werden; da es jedoch einiger Sitzungen bedürfte, um die Darlegungen der beiden Komitees in Verbindung miteinander zu bringen, würden sie der Reparationskommission nicht vor dem 18. März zugehen.

Einige Mitarbeiter des Londoner „Daily Telegraph“ haben sich in London mit den Sachverständigen in Verbindung gesetzt und erfahren, daß die Sachverständigen der ersten Kom-

missionen nicht in der Lage sein, einstimmig Beschlüsse zu ergreifen, ausgenommen in unmittelbaren Fragen wie den der Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung und der neuen Notenbank. Die Sachverständigen würden wahrscheinlich ein Übereinkommen über die Erhebung einer Anleihe von mäßigem Umfang für den Zweck der Stabilisierung annehmen. Aber jeder Versuch, zugleich die Ausbringung einer großen Anleihe für Reparationszwecke auf dem internationalen Geldmarkt zu fördern, würde auf große Meinungsverschiedenheiten beim Ausschluß stoßen. Mehrere Mitglieder seien der Ansicht, daß im Augenblick für eine derartige Anleihe keine praktische Möglichkeit bestehe.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Treueregebnis des Saarlandesrates.

Der neugewählte Landesrat trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Vertreter der Sozialdemokraten stellte den Antrag, es solle an den Völkerrundrat ein Telegramm gerichtet werden, in dem der Völkerrundrat aufgefordert wird, dem Landesrat das Mitbestimmungsrecht bei der Wahl des saarländischen Mitglieds der Reparationskommission zuzugestehen. Der Präsident stellte fest, daß alle Parteien mit Ausnahme der kommunistischen den Antrag angenommen haben. Die Erklärungen aller Fraktionen waren auf den Grundton gestimmt, der in der Erklärung des Zentrumsabgeordneten enthalten war, in der es hieß: Wir fühlen uns auf Grund des nationalen Gemeinschaftsgefühls und der geschäftlichen Vergangenheit des Saargebietes und Saarländers als Glied von Deutschland. Land und Leute an der Saar sind von jeher deutsch gewesen. Auch der Versailler Vertrag erkennt das an. Sie sollen ewig Deutsche bleiben.

Unhaltbare Zustände in Birma.

Wenn es zu einer neuen Katastrophe kommt, wäre es nicht zu verwundern. Die Verhaftungen unschuldiger Bürger durch die Besatzungsbehörden gehen weiter. Die Verhafteten werden zum Teil mißhandelt und zwar von den französischen Dolmetschern und Gendarmen. Über der Stadt hängt die Drohung der Verhaftung von 100 Geiseln, wenn den Separatisten irgend etwas geschieht. Unter dem Schutze der französischen Delegation wird das Aufsteigen der Separatisten täglich herausgefordert. Sie gehen im Rathaus aus und ein, wo sie das frühere Wachtlokal der deutschen Polizei von den Franzosen zugewiesen erhielten.

Deutsches Eigentum in Amerika.

Der Bund der Auslandsdeutschen, Abteilung Amerika, fordert alle diejenigen auf, die nach den amerikanischen Bestimmungen bereits Anspruch auf die Rückerstattung von beschlagnahmten deutschen Vermögens bis zu 10 000 Dollar haben, und erzöglich ihre Forderungen geltend zu machen. Der Bund der Auslandsdeutschen E. V., Abteilung Amerika, Berlin, Luisenstraße 27/28, stellt allen Interessenten die Unterlagen und Formulare zur Verfügung. — Der amerikanische Treuhänder für feindliches Vermögen hat mitgeteilt, daß die Regierung im Laufe des Jahres 1923 einen Betrag von 16 Millionen Dollar den früheren Eigentümern zurückerstattet habe.

Rußland.

× Der Vertrag mit Italien. Der Rat der Volkskommissare hat den Handelsvertrag zwischen dem Sowjetbunde und Italien aufgegeben und dem Zentralersekutivkomitee des Sowjetbundes zur Ratifikation vorgelegt. Der für drei Jahre abgeschlossene Vertrag enthält keine Verpflichtungen über alte Schulden und Forderungen, beruht auf vollkommener Gegenseitigkeit und ist für beide Teile gleich günstig.

Aus In- und Ausland.

Zwidan. Der außerordentliche Bezirksrat der B. S. P. D. in Zwidan hat ebenso wie die Dresdener Delegiertenversammlung einen Sieg der radikalen Richtung gebracht. Als Spitzenkandidaten zu den Reichstagswahlen wurden nur Linksextremisten nominiert.

Genf. Hier trafen die Vertreter der wichtigsten katholischen, protestantischen, israelitischen und nichtkonfessionellen internationalen Verbände für den Auswärterschuß auf Grund einer Einladung des Internationalen Verbandes zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit zusammen.

Moskau. Die Meldung über eine angebliche Reise Kowalski nach London entbehrt jeder Grundlage. Kowalski befindet sich nach einer überstandenen Krankheit zur Erholung im Kaukasus.

Sofia. Die Verhaftungen unruhiger Elemente werden in Sofia und den westlichen Bezirken Bulgariens wohnenden Mazedoniern dauern an. Es sind mehr als 300 Personen, davon 92 in Sofia, verhaftet worden.

Konstantinopel. Die Prinzen und Prinzessinnen des Sultans haben den Befehl erhalten, die Türkei binnen 48 Stunden zu verlassen.

Deutscher Reichstag.

(406. Sitzung.)

OB. Berlin, 6. März.

In der Fortsetzung der großen politischen Debatte kam als erster Redner zu Worte der Abg. von Hammer (Deutsche Vp.). Er meinte, daß der Ruhrkampf doch nicht ganz umsonst geführt worden sei, weil sich Deutschland wieder die Achtung der anderen Völker verschafft habe, die geglaubt hätten, das deutsche Volk sei ein widerwärtiges Volk. Er prägte dabei das Wort, daß es ein Volk sei, das die Welt der französischen Kräfte gegenübersteht. Der Redner meinte, daß die deutsche Nation die Welt der französischen Kräfte gegenübersteht. Der Redner meinte, daß die deutsche Nation die Welt der französischen Kräfte gegenübersteht.

Ausführungen warnte der Redner die Regierung dringend, auf irgendeine

Finanzkontrolle des Auslandes

einzugehen. Deutschland könne nur aus eigener Kraft gefunden. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß in den letzten sechs Monaten in der Bilanzierung des Staats eine ungeheure Arbeit geleistet worden sei. Im übrigen trat er für freie Wirtschaft auf allen Gebieten ein. Der Redner wandte sich dann gegen den von der Sozialdemokratie noch immer propagierten Gedanken des Klassenkampfes, der jetzt nicht mehr am Platze sei und nur den Klassenhaß fördern müsse, mit dem man keine Ausbaurbeit leisten könne.

Abg. Dr. Helfferich

sprach für die Deutschnationalen. Er polemisierte zunächst gegen den Zentrumsabgeordneten Kass und meinte, daß über Deutschland die Gefahr eines zweiten und schlimmeren Versailles hänge. Dagegen müßten sich alle Deutschen zusammenschließen, um die deutsche Unabhängigkeit und Einheit aufrechtzuerhalten. Er bedauerte aus diesem Grunde die Vorgänge im Münchener Prozeß und diesen selbst und führte aus, daß nur heisse Vaterlandsliebe und brennende Scham über die Deutschland angetane Schmach einen großen Teil der Angeklagten geleitet hätte. Es kam infolge dieser Aufforderung zu einem

großen Zusammenstoß zwischen dem Redner und der Linken, namentlich mit dem Abg. Ledebour, der dem Dr. Helfferich zurief, daß er am meisten an Deutschlands Glend Schuld trage. Wenn die Linke, so fuhr der Redner fort, über Hochtrage schreie, so halte er dem entgegen, daß die Leute, die selbst Hochverräter seien, nicht von Hochverrat reden dürften. Er erinnerte dann an die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber den Äußerungen Ledebours im Münchener Prozeß über den Papst in der Parteikonferenz, worin gerade das Eintreten des Papstes für Deutschland gewürdigt wurde. Sollten die Äußerungen Ledebours wirklich so gewesen sein, wie sie in der Presse wiedergegeben wurden, dann würden sich in dieser Beziehung die Wege des Generals von denen der Deutschnationalen Volkspartei scheiden. Dr. Helfferich rekapitulierte dann alle die Verhandlungen, die über die päpstliche Friedensaktion im Jahre 1917 verschiedentlich in der Nationalversammlung und im Reichstage stattgefunden haben.

Abg. Dr. Helfferich wandte sich dann dem Finanzproblem zu und meinte, tatsächlich liege die Wurzel des Übels nicht an diesem, sondern an den

Erwerbungs- und Machtgefühlen der französischen Politik.

Die französische Hinterhältigkeit dürfe nicht durch die Reden des Außenministers unterfüttert werden, sondern Frankreich müsse die Mäkte vom Gesicht gerissen werden. Dr. Helfferich warnte dann vor mangelhafter Durchsicht und darum gefährlichen Experimenten in der Finanzfrage, wozu er auch die Ansprachung von Millionen von Silbermünzen und das Versteuern einer Goldnoten- oder Goldkreditbank rechnete. Wenn seine Partei gegen die weitere Zahlung der Besatzungskosten sich wende, so wolle sie damit nicht die rheinische Bevölkerung belästigen, sondern einmal vor aller Welt den Standal aufdecken, der darin liegt, daß die Besatzungsarmee in sinnloser Verschwendung das Geld des notleidenden Volkes vergeude. Frankreich betrüge mit diesen Besatzungskosten seine Alliierten um die Reparationszahlungen. Als der Redner dann die

Einstellung des passiven Widerstandes

tabelle, die auf eine bedingungslose Verständigung mit Frankreich hinauslaufe, unterbrach ihn

Außenminister Dr. Stresemann und machte auf die Antwort Englands aufmerksam, wo gesagt wurde, es sei töricht gewesen, den Widerstand über seinen Höhepunkt hinaus fortzusetzen. Jetzt stelle man es so hin, als hätte England Deutschland nicht helfen können, weil Deutschland den Ruhrwiderstand nicht aufgegeben habe.

Dr. Helfferich meinte fortsetzend, nachdem die Rechtswidrigkeit des Ruhrkampfes auch von England festgestellt worden sei, hätte das vor aller Welt festgestellt werden müssen. Die ganze auswärtige Politik Deutschlands mache jetzt den Eindruck, als ob man alles vermeiden wolle, was Frankreich irgendwie unangenehm sein könnte. Er wäre bereit, wenn er verantwortlicher Reichsminister wäre,

die letzten Konsequenzen Frankreich gegenüber zu ziehen. Er verlange außerdem, daß der Lüge über die deutsche Kriegsschuld energig entgegengetreten werde. Das Projekt der Goldnotenbank laufe darauf hinaus, daß die Deutsche Reichsbank und die Rentenbank dem internationalen Finanzkapital ausgeliefert würde. Wenn auch noch die deutsche Eisenbahn als Pfand gegeben werde, dann wäre ganz Deutschland schließlich nur eine internationale Reparationsprovinz.

Außenminister Dr. Stresemann.

Der jetzt das Wort ergriff, erklärte die Diskreditierung der deutschen Regierung durch Dr. Helfferich als nicht geeignet, die Basis für die von ihm selbst gewünschte Volksgemeinschaft zu schaffen. Man wisse in Deutschland, daß eine mächtige Partei in Frankreich nicht Reparationen, sondern den Rhein wolle. Man würde aber geradezu die Geschäfte dieser Partei betreiben, wenn Deutschland die Reparationsfrage ganz beiseite schieben würde. Er könne nicht eine französische oder englische Richtung einschlagen, sondern müsse sich bemühen, bei der ganzen Entente dafür Verständnis zu finden, daß die bisher von ihr geführte Politik nicht nur Deutschland, sondern Europa und die ganze Welt zugrunde richte. Deshalb hätte die deutsche Regierung ihren Appell an die realen Wirtschaftler der Welt gerichtet.

In der Abwehr der Schuldfrage

bestehe in diesem Hause überhaupt kein Unterschied. Ihm sei vielfach der Laut dafür ausgesprochen worden, daß er als erster deutscher Kanzler sich gegen die Schuldfrage gewandt habe. In dieser Frage könne schließlich aber nur sachliche Aufklärung wirken, nicht Hypertröphie der Aktivität. Wenn das Kabinett Stresemann, so meinte der Minister unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses, verantwortlich gemacht werden solle für den während seiner Amtszeit eingetretenen Marksturz, dann wäre der sozialdemokratische Abg. Müller der beste deutsche Reichskanzler gewesen, denn unter seiner Kanzlerschaft wäre die Mark gestiegen. Der schlimmste Währungsverfall sei weiter nichts als die

Wirkung des vom Kabinett Cuno übernommenen Handelsvertrages. Bei dem die Einigungen kaum im Prozent der Aus-

Die neue Militärkontrolle.

Eine Note an Deutschland.

In Paris hat die Vorschafertkonferenz unter dem Vorsitz des Marschalls Foch eine Sitzung abgehalten, in der sie sich über den Vorlauf der an Deutschland zu richtenden Note über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle verständigt hat.

Das französisch-amtliche Bureau erinnert in einer Betrachtung zu der Sitzung daran, daß den Beratungen der Vorschafertkonferenz die Vorschläge der englischen Regierung vom 25. Februar zugrunde gelegt haben, die die Vorschafertkonferenz zur Begutachtung dem interalliierten Militärkomitee in Versailles übermittelte hat. Die englischen Vorschläge seien heute, abgesehen von einigen Änderungen in den Einzelheiten, in großen Zügen angenommen worden. Die Note, die von der Vorschafertkonferenz an die deutsche Regierung gerichtet wird, sei die demnächstige Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland vor. Sie werde für die interalliierte Militärkontrollkommission das Recht in Anspruch nehmen, mit Unterstützung der deutschen Behörden in ganz Deutschland die Mannschaftebestände nachzuprüfen, ob im Jahre 1923 Deutschland keine neuen militärischen Vorbereitungen unternommen habe, und ob zurzeit die Abrüstung als endgültig durchgeführt betrachtet werden könne.

Die Note ist bereits dem deutschen Vorschafert übergeben worden. Wenn die deutsche Regierung zu dieser Nachprüfung die Hand bietet und wenn ferner deren Ergebnisse günstig seien, würden die Alliierten bereit sein, an Stelle der Militärkontrollkommission ein Garantiekomitee oder irgend ein anderes gleichwertiges Organ mit beschränktem Personalbestand zu setzen, entsprechend den Vorschlägen, die die Vorschafertkonferenz im September 1922 Deutschland gemacht habe. Laut Friedensvertrag hat, sobald die vollendete Abrüstung festgestellt ist, die allgemeine Aufsicht überhaupt aufzuheben; nur der Räterbundrat behält das Recht der Untersuchung von Fall zu Fall.

Wahltermin noch unbestimmt.

Im April oder Mai?

Obwohl die Reichstagsauflösung ziemlich bestimmt noch in dieser, spätestens Anfang nächster Woche zu erwarten ist, herrscht über den endgültigen Termin der Neuwahlen noch Unsicherheit. Die Besprechungen darüber in Berlin dauern an. Bekanntlich wird auch in den besetzten Gebieten Deutschlands gewählt werden. Zu diesem Zwecke wird der Rheinlandkommission die beabsichtigte Vornahme der Wahlen erst mitgeteilt werden müssen. Die Rheinlandkommission antwortet gewöhnlich erst in einer Frist von zehn Tagen. Daher zweifelt man an der Möglichkeit, die Wahl schon am 6. oder 13. April vornehmen zu können und spricht jetzt von einer Terminbestimmung für Anfang Mai.

Arbeitsunruhen in Ludwigshafen.

Note und Verwundete.

Die Zwistigkeiten mit den Arbeitern in der Badischen Anilin- und Sodafabrik haben sich derartig zugespitzt, daß es zu gewaltsamen Entlassungen gekommen ist. Fast alle Arbeiter hatten im Verlauf der Auseinandersetzungen die Fabrik verlassen.

Die ausgesperrten Arbeiter drangen Donnerstag früh nach Einschlagen des Haupttors in den Fabrihof ein, hielten die Arbeitswilligen mit Gewalt heraus und ließen die Beamten nicht in das Verwaltungsgebäude hinein. Als Polizei eingriff, um die Straßen vor dem Fabrikgelände zu säubern, machten die Arbeiter einen Gegenstoß, wobei auf beiden Seiten scharf geschossen wurde. Mehrere verwundete Polizeibeamte wurden in die Ambulanz der Fabrik eingeliefert; die Zahl der verletzten Arbeiter ist nicht bekannt, da die Arbeiter ihre Verwundeten zum größten Teil selbst fortbrachten. Man spricht von einer Anzahl von Toten.

Die Führer der Demonstranten hielten nach dem Zusammenstoß an die Menge eine Ansprache des Inhalts:

„Tote, die leben“

Roman von A. Grotter-Grebe.

30)

Nachdruck verboten.

„Ja, warum denn nicht, Herzchen? Es lag ja bis jetzt immer in der Bade, und ich wußte kaum, daß ich es hatte. Nimm es dir nur, wenn es dir Freude macht. Und stecke auch den Rest der Spitze ein. Zeige ihn Rolf. Vielleicht hat er eine Idee, woher sie stammt.“

Hella hob das dargereichte Nöllchen und das Bild in ihren Samtbeutel, und dann fragte sie unvermittelt:

„Glaubst du eigentlich, Tante, daß Mutter in näheren Beziehungen zu Onkel Heinz gestanden hat?“

Frau Mirbach zuckte die Achseln.

„Wer kann das wissen, Kind. Benommen haben sich die zwei immer tabellos; kein Mensch konnte ihnen etwas nachsagen, obwohl jedenfalls eine große Freundschaft zwischen ihnen herrschte. Auch dein Vater kannte dieses Gefühl der beiden und legte ihm nie etwas in den Weg oder tat wenigstens so. Und da gabs keine Veranlassung zum Klatsch. Freilich, als sie eines Tages plötzlich verschwunden waren, wurde so mancherlei darüber geredet. Aber als dein Vater von ihrem Verschwinden so gar nicht überrascht schien und es auf eine ganz natürliche Art erklärte, erstarben alle diese Gerüchte bald.“

„Und du weißt nichts Näheres über den Tod meiner Mutter?“ fragte Hella weiter.

„Nichts, als was alle Leute wissen, und was dein Vater damals darüber verbreitete. Sie soll sich auf einer Gastspielreise befinden haben und bei einem Erdbeben zugrunde gegangen sein. Ich weiß das nicht mehr so genau. Denn seitdem sprach dein Vater nie mehr darüber. Einmal, als gerade die Rede darauf kam, fragte ich, ob jemals ein Totenschein ausgestellt worden sei; aber dein Vater sprach sich darüber nicht aus. Und so weiß man eigentlich heute noch nicht gewiß, lebt sie oder ist sie tot.“

Hella preßte die Lippen zusammen und schwieg. In ihr lag ein unbestimmter, formloser Verdacht auf, gegen dessen Einfluß sie sich vergebens zu wehren suchte. In ihr wurde ein Gefühl wach, als ob da irgend etwas nicht in Ordnung sei. Vor ihre Mutter wirklich tot, so mußte sich wohl der

daß die Franzosen gestatteten hätten, eine Kommission von 20 Mann zu bilden. Auf die Aufforderung einer von einem Offizier geführten französischen Patrouille ging die Menge dann auseinander.

Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Erhöhung um 1%.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 3. März, auf das 1,066-fachste der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,065 Billionen) ist demnach eine Steigerung von 1% zu verzeichnen.

Großhandelspreise unverändert.

Die auf den Stichtag des 4. März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 26. Februar (118,0) mit 118,7 fast unverändert. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 104,1 (Vorwoche 103,5), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 83,4 (82,8), Industriestoffe 145,9 (145,2), davon die Gruppe Kohle und Eisen 137,4 (137,3), Inlandsgüter 106,9 (106,1), Einfuhrwaren 178,2 (177,7).

Ausscheiden des Staatsanwalts.

Vertagung der Verhandlung.

München, 7. März.

Nach eintägiger Pause sollte heute die Verhandlung im Hochverratsprozeß gegen Hitler u. Gen. wieder beginnen. Und sie begann auch, aber nicht in der Weise, daß man sofort in die Fortsetzung der Beweisaufnahme eintreten konnte, sondern, wie fast an jedem der letzten Verhandlungstage, mit Angriffen der Verteidigung gegen die Staatsanwaltschaft. Justizrat Kohl, der Verteidiger des Angeklagten Brüchner, nahm die dieser Tage erfolgte Verhaftung des Hauptmanns Weiß, des früheren Herausgebers des Rührigen Organs Heimatland, zum Anlaß einer Offensive gegen den

Verhaftungsfimmel

Der Anklagebehörde. Weiß ist verhaftet worden, weil er zum Pressechef der Hitlerregierung bestimmt gewesen sein soll. Die Angeklagten bestreiten das, und die Verteidigung wies in ihrem Vorstoß gegen die Staatsanwaltschaft besonders darauf hin, daß Weiß, der im Kriege ein Bein verloren habe, durch die Untersuchungshaft aufs schwerste geschädigt worden würde. Wenn Männer wie Weiß verhaftet würden, müßte

ein Mann wie Herr von Kahr, der seine Macht über Bayern aufs unerschütterliche mißbraucht habe, und den die Schuld an dem Blutbad vom 9. November treffe, schon längst verhaftet sein.

Erster Staatsanwalt Dr. Stenglein geriet über die Angriffe des Justizrats Kohl, vor allem über den Ausdruck „Verhaftungsfimmel“ in ungeheure Erregung.

„Ich bin während dieses Prozesses“, sagte er, „der Gegenstand der schimpflichsten persönlichen Angriffe gewesen und habe mich trotzdem bemüht, mit meinen Erwiderungen zurückzufallen, um den Gang der Verhandlungen nicht zu stören. Jetzt ist aber das Maß voll, und ich erkläre, daß ich mich an solcher Verhandlung nicht mehr beteilige.“

Mit diesen Worten verließ Dr. Stenglein seinen Platz, worauf der Vorsitzende den Staatsanwalt Ehrhardt ersuchte, die Vertretung der Staatsanwaltschaft zu übernehmen. Ehrhardt erklärte jedoch, daß er sich seine Stellungnahme in dieser Sache noch vorbehalten, da er sich zunächst mit seiner vorgesetzten Behörde in Verbindung setzen müsse; er bitte deshalb, die Sitzung zu unterbrechen. Der Vorsitzende rügte das Verhalten des Justizrats Kohl, worauf dieser die Erklärung abgab, daß er den Ersten Staatsanwalt nicht habe beleidigen wollen. Im Namen der Gesamtverteidigung sprach Rechtsanwalt Schramm sein Bedauern über das Vorgehen des Justizrats Kohl aus. Die Sitzung wurde darauf auf morgen vertagt.

Wie verlautet, soll der Prozeß noch drei Wochen dauern, da mehr als 200 Zeugen geladen sind.

Die Folgen des Zwischenfalles.

Die Unterbrechung des Münchener Prozesses kann, wie uns geschrieben wird, unerwartete Folgen haben. Zunächst wird der bayerische Justizminister zu entscheiden

haben, ob er das Verhalten des Ersten Staatsanwalts billigt. Sollte das der Fall sein, so würde vielleicht erklärt werden, daß der Prozeß vor dem Münchener Volksgericht nur dann weitergeführt werden kann, wenn Justizrat Kohl sein Mandat niederlegt. Würde dann Justizrat Kohl sich weigern, dieser Weisung zu folgen, so würde das Verfahren bis auf weiteres ausgesetzt werden müssen und, da die bayerischen Volksgerichte am 31. März zu bestehen aufhören, vor den Staatsgerichtshof in Leipzig gelangen, wo der ganze Prozeß von neuem aufgerollt werden müßte.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 8. März 1924.

Passionszeit.

Lut. 18, 31: Jesus sprach: Sehet, wir gehen hin auf den Jerusaleum.

Als man den Frankenkönig Chlodwig im Christenglauben unterwies und ihm auch vom Leiden und Sterben Christi sprach, fuhr er entrüstet auf und rief: „Doch ich und meine Mannen da hätten mit dabei sein können, wie würden wir die schurkischen Juden zu Paaren getrieben und Jesus befreit haben.“ Diese Auffassung vom Leiden Christi ist zwar nicht die richtige, sie ist auch nicht tief, aber sie ist besser und tiefer als die Gleichgültigkeit, mit der viele in der Christenheit dem Marterwege Christi zuschauen. — Die Passionszeit hat wieder ihre Porten aufgetan und führt uns heran an die größten und schmerzhaftesten Leiden, die unser Herr und Meister zu erdulden hatte. Wenn wir uns recht in sie versenken, geht von ihnen ein Segen aus und sie werden fruchtbar und trostbringend für uns. Jesus hat durch sein Leiden ein neues Heldentum auf Erden aufgetragen, das dem ganzen Altertum fremd war. Damals galten als Helden die großen Sieger. Durch das gewöhnliche Leiden aber fühlte sich der Mensch herabgewürdigt oder unter dem Fluche der Gottheit. Noch mehr: weil das gemeine Leid ein so hoffnungsloses war, setzte man der Verpflichtung, es bis zuletzt zu tragen, gewisse Schranken — man durfte die Last, die einem allzu schwer oder geradezu unerträglich schien, von sich abwerfen und seinen Posten verlassen vor der Ablösungsstunde. Das galt als erlaubt. Das Leid hatte seine Stätte auf Erden.

Da zog Jesus dieselbe Straße und zog sie ganz hinab. Gerade das schimpfliche Leid fiel auf ihn, daß selbst die Jünger irre wurden. Jesus zog dennoch diese Straße ganz bis zum Ende. Damit schuf er ein neues Heldentum, das des Leidens und Tragens, ein Heldentum nicht für die Sieger und Könige, sondern für die Geringen und Kleinen und Vielgeplagten. Seit Christus gibt es einen Weg durch das Schwerkste hindurch und das ist ein Weg Gottes. Vielleicht geht man ihn ganz unschuldig. Seit Christus gibt es keine unerträgliche Last, kein hoffnungsloses Leid mehr.

Es gab eine Zeit, da war das Kreuz Christi noch ein Zeichen des Fluches und der Schande. Aber es wurde zu einer Fahne, der heute viele Tausende folgen, zu Kampf und Sieg, zum Sieg auch mitten im Erliegen und Sterben. Für viele Kranke und Leidtragende, für viele, denen Menschen nicht helfen können oder deren Kummer vor Menschen nicht laut werden darf, ist das Kreuz Christi ein Trost und eine Auferbauung und der Kreuzträger ein Heiland geworden.

„Sehet, wir gehen hinaus gen Jerusaleum.“

□ Neue Marken mit dem Reichsadler. Die jetzt im Verkehr befindlichen Briefmarken, die nur die Wertzahl tragen, sollen in den Werten bis 50 Pfennig durch Marken mit dem Reichsadler ersetzt werden. Es werden neue Marken zu 3, 5, 10, 20, 30 und 50 Pfennig auf weißem Waffelmusterpapier in einfarbigem Buchdruck hergestellt; sie sind schmal umrandet und zeigen in der Mitte auf dunklem Grunde den Reichsadler, darunter die Inschrift „Deutsches Reich“. Die Marke zu 3 Pfennig ist hellbraun, zu 5 Pfennig grün, zu 10 Pfennig rot, zu 20 Pfennig blau, zu 30 Pfennig violett und zu 50 Pfennig orange. Die Dreißigpfennigmarke ist bereits gedruckt; die übrigen Werte sollen erst herausgegeben werden, wenn die alten Bestände aufgebraucht sind.

lebten Alferstraße zu, wo Frau Mirbach noch rasch einige Besorgungen für den Abendisch zu machen gedachte.

Als sie an der Straßenkreuzung einen Augenblick stehen bleiben mußten, um die Wagen der Straßenbahn an sich vorbeiziehen zu lassen, fuhr Agnes Mirbach plötzlich zusammen und sagte unwillkürlich nach Hellas Hand. Knapp vor ihnen schlich eine Gestalt quer über die Straße. Es war ein Mann, eingehüllt in einem weiten, faltigen Mantel. Der breitkrämpige Hut lag tief in der Stirn, und der Manteltrager war aufgeschlagen, so daß vom Gesicht kaum mehr sichtbar blieb, als ein dunkler, struppiger Bart. Als der Mann rasch beiseite springen mußte, um einem schnell fahrenden Fiaker auszuweichen, konnte man erkennen, daß er den einen Fuß ein wenig nachschleppte. Er mußte sich vor den Pferden auf die kleine, von erhöhten Pflastersteinen gebildete „Insel“ retten, auf der die beiden Frauen standen und von der aus ein großer Radelaber sein elektrisches Licht über die ganze Straßenkreuzung sandte. Der Fremde hob einen Augenblick den Kopf und sein Blick fiel gerade auf Agnes Mirbachs bleiche Züge. Wie in plötzlichem Erschrecken zuckte er zusammen, und seine Augen hafteten eine Sekunde lang starr an der Gestalt der Frau. Zwei entsetzte Augenpaare tauchten ineinander. Dann wandte sich der Mann rasch ab, schritt eilig in der Richtung zurück, in der Frau Mirbach gekommen, und bog in die schlecht beleuchtete, halb dunkle Mariannengasse ein.

Agnes Mirbach stand einen Augenblick lang wie in tiefer Betäubung. Hella, welche die Ursache derselben nicht begriff, sah sie ängstlich an und fragte zaghaft:

„Was ist dir so plötzlich, Tante? Was hat dich so erschreckt?“

Da raffte sich Agnes Mirbach mit einer energischen Anstrengung auf und zog das junge Mädchen mit sich über die Straße auf den Gehsteig.

In atemloser Eile hasteten die beiden nun den Weg zurück, den sie gekommen, und schlugen gleichfalls die Richtung gegen den Linienwall durch die finstere Mariannengasse ein.

„Wir müssen eilen“, rief die Frau hervor. „Wir können ihn noch einholen.“

„Wen denn? Was hast du nur Tante? Ich verstehe nichts von alledem.“

(Fortsetzung folgt.)

